

Die Wartburg.

Deutsch-evangelische Wochenschrift

Organ für amtliche Rundgebungen des Zentral-Ausschusses zur Förderung der evangelischen Kirche in Oesterreich, des Deutsch-evangelischen Bundes für die Ostmark (Oesterreich), des Luthervereins.

Begründet von Geh. Kirchenrat D. Friedrich Meyer in Zwickau und Konsistorialrat D. R. Eckardt in Meuselwitz (S.-A.). Verlag: Arwed Strauch in Leipzig.
Schriftleiter: Pfarrer Lic. Frä. Höchstetter, Berlin-Nordend, Post Berlin-Niederschönhausen [für das Deutsche Reich], Pfarrer Otto Riedel, Klosterneuburg (Niederösterreich) [für Oesterreich]. Zusendungen sind zu richten in reichsdeutschen und allgemeinen Angelegenheiten an Pfarrer Lic. Frä. Höchstetter, in österreichischen Angelegenheiten an Pfarrer Otto Riedel, für die Verwaltung (Bezug und Versand), sowie für Anzeigen und Beilagen an Arwed Strauch, Verlag in Leipzig, Hospitalstr. Nr. 25. Bezugspreis vierteljährlich fürs Deutsche Reich, Deutsch-Oesterreich, Ungarn durch die Post Mk. 6.25, den Buchhandel Mk. 6.—, unter Streifband geradenwegs vom Verlagsort Mk. 6.70. Einzelne Nummern 60 Pfg.
Für die Schweiz Sfrs 3.17, für Belgien-Frankreich Sfrs 6.45, Italien Lire 7.15, Holland fl. 1.52, Dänemark Kr. 2.75, England 2 sh 8 pence, Vereinigte Staaten v. Amerika 54 cents, für das übrige Ausland Mk. 7.40 einschließlich Porto für direkte Zusendung unter Band. Anzeigenpreis 60 Pfg. für die 4-gespaltene Kleinzeile. Stellengesuche und -Angebote 40 Pfg. Bei Wiederholungen Nachlaß laut Plan. Erteilte Aufträge können weder angehalten noch zurückgezogen werden. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und bestimmten Plätzen wird keine Gewähr geleistet. Zurückweisung von Anzeigen, die zur Aufnahme nicht geeignet erscheinen, behält sich der Verlag vor.

Postzeitungspreissliste fürs Deutsche Reich Seite 340, für Oesterreich Nr. 5087. — Scheckkonto Nr. 105847 beim Postsparkassen-Amt in Wien. Postscheckkonto Leipzig Nr. 53 050.

Nr. 23/24.

Leipzig, 11. Juni 1920.

19. Jahrgang.

Altes und Neues

Ein neues Lied

O wäre ich ein Ton

In Gottes Hohem Liede,

Das von des Höchsten Thron

Uns bringt den Klang der Güte.

Ach stimmte ich mit an

Der Sphären Lobgesang,

Ein Tropfen im Ozean,

Der Fried und Freude trant.

Zum neuen Liede mag

Mein armes Leben werden,

Das mit dem jungen Tag

Heil künde den Gefährten!

Der Mißklang dieser Welt

In Leiden, Schuld und Tod

Löst dann in Harmonie

Sich auf: Mein Herr und Gott!

Radeberg

Gerhard Fuchs.

Vom Werden der Volkskirche

8. Freistaat Sachsen.

Der 9. November 1918 war der Siegestag des Sozialismus. Auch die sozial interessierten Kreise der Sächsischen Landeskirche sahen ihre Ideale der Erfüllung nähergerückt. Sie fühlten sich deshalb in erster Linie berufen, die Zeichen der neuen Zeit zu deuten und auf die aus ihr erwachsenden neuen kirchlichen Aufgaben hinzuweisen. Gemeinschaftlich berieten die kirchlich-soziale Konferenz und die evangelisch-soziale Vereinigung in Leipzig eine Versammlung. Am 18. November fanden sich etwa 40 Herren zu gemeinsamer Beratung zusammen. Sie waren darin einig, daß auch für die Kirche eine neue Zeit gekommen sei, daß sie volksmäßiger und volkstümlicher ausgebaut werden müsse. Man beschloß, hierzu kräftig mitzuhelfen und das Kirchenregiment um Einberufung eines Kirchentages zu bitten, auf welchem die Maßnahmen zur kirchlichen Neuordnung zu erörtern seien. Ein Ausschuß trat mit dem Kirchenregiment in Verbindung, das die angebotene und angefangene Mit-

arbeit dankbar begrüßte. Auch bei dem sozialdemokratischen Kultusminister sprach er vor, um über die Frage der Trennung sich zu unterrichten und die kirchlichen Forderungen hierzu ihm bekannt zu geben. Minister Bud erkannte die Schwierigkeiten bei der Trennung von Kirche und Staat an, die ein vorsichtiges Vorgehen erforderten. Er versprach, allerdings nur für seine Person, alle Härten zu vermeiden. Eine halbamtliche Zeitungsnotiz berichtete aber, daß bestimmt mit dem baldigen Wegfall aller Staatsaufwendungen für die Landeskirche, mit der Beseitigung des Religionsunterrichts in der Volksschule, mit der Übernahme der Friedhofsverwaltung durch die politischen Gemeindevertretungen und mit einer Änderung in der Art der Aufbringung der Mittel für den kirchlichen Bedarf zu rechnen sei. Die Trennung von Kirche und Schule erfolgte bereits am 5. Dezember durch Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht, welche den Geistlichen die Zugehörigkeit zum Schulvorstand nahm. Zu gleicher Zeit wurde der Religionsunterricht wesentlich gekürzt.

Die Befürchtung eines raschen und gewaltsamen Bruches mit der Vergangenheit rief eine kirchenfreundliche Bewegung hervor. Ein Architekt regte die Gründung eines volkskirchlichen Laienbundes an, um die Rechte der Kirche zu wahren und zu bezeugen, daß die Zukunft der Kirche nicht nur eine Sache der Geistlichen sei. Der Vorschlag fiel auf fruchtbaren Boden. Binnen kurzem gewann der Bund gegen 250 000 Mitglieder. Eindringvoller noch war eine von D. Cordes (Leipzig) entworfene Entschließung, welche drei Forderungen für die Trennung von Staat und Kirche aufstellte: daß sie nicht durch willkürlichen Machtspruch, sondern durch die Nationalversammlung herbeigeführt werde, daß der Kirche eine ausreichende Übergangszeit gewährt, und daß unsoziale Härten vermieden werden. Sie fand allenthalben Verständnis und Zustimmung. Über 1 Million Unterschriften wurden gegeben. Die Wirkung blieb nicht aus. Die radikalen Stimmen verstummten. Irgendwelche Schritte zur Trennung unterblieben.

Durch die Abdankung des Königs und den damit verbundenen Ausfall des an seiner Statt den Summe-episkopat der Landeskirche bildenden evangelischen Ministerkollegiums war die höchste Spitze der Kirche weg-

Um sofortige Erneuerung des Bezugsrechts für das 3. Vierteljahr 1920 wird gebeten. Die Verlagshandlung.

gefallen. Die neue Staatsregierung erhob keinerlei Anspruch auf kirchenregimentliche Rechte. Sie erkannte das Landeskonsistorium, das bisher wesentlich Verwaltungsbehörde gewesen war, als Kirchenregiment an. Dieses berief nun für den 10. und 11. Februar 1919 den erbetenen Kirchentag nach Dresden. Er fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, da ihn das Landeskonsistorium nur als Stimmungsbild wertete und nur Anregungen für seine künftigen Entschlüsse erwartete. Zwei Hauptpunkte standen zur Verhandlung: die Zukunft des Religionsunterrichtes und die Reform des Wahlrechtes für Kirchenvorstände und Synode. Eine konservative Strömung, welche keinen Neubau, sondern nur die Herüberführung der Kirche in den neuen Zustand wollte, begegnete sich mit einer stark fortschrittlichen. Einig war man beim ersten Punkte darüber, daß der Religionsunterricht dem Bekenntnis der Volkskirche entsprechen müsse und daß zur Erteilung die Lehrerschaft in erster Linie berufen bleibe. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine Verständigung zwischen Kirche und Lehrerschaft erzielt werden könne — eine Hoffnung, die sich freilich bisher noch nicht erfüllt hat. Die Aussprache über die Wahlrechtsreform zeigte, daß das Verlangen nach Demokratisierung der Kirche überwiegend war. Durch Abstimmung nahm man folgende Forderungen an: aktives Wahlalter 20 Jahre, aktives und passives Wahlrecht auch für Frauen, neben den Kirchenvorständen erweiterte Gemeindevertretungen, direkte Wahlen zur Synode, doppelte Anzahl von Laien in derselben, Berufung der kirchlichen Behörden durch die Synode und Mitwirkung von Synodalen im Kirchenregiment.

Es war Vorarbeit für die Landessynode, die auf den Kirchentag folgte. Am 20. Mai 1919 trat sie zusammen. Für die künftige Verfassung hat auch sie nur Vorarbeit geleistet, aber sehr wichtige. Sie schuf ein neues Kirchenregiment. Ein vorläufiges, zunächst aber ein den Forderungen der neuen Zeit entsprechendes, wie es der Kirchentag gefordert: ein Kollegium von drei Mitgliedern des Landeskonsistoriums und 5 Mitgliedern der Synode. Die Wahl zur Synode wurde den Kirchenvorstehern übertragen. Als aktives Wahlalter für die Kirchenvorstände wurde das 21. Jahr festgesetzt, für männliche und weibliche Gemeindeglieder. Eintragung in die Listen und Abgabe einer Erklärung, daß der Wähler das kirchliche Leben fördern wolle, blieb bestehen. Für die verfassunggebende 11. Landessynode wurden Richtlinien aufgestellt, die natürlich nicht bindend, aber wegweisend sein sollten und zweifellos sein werden. Sie lauten: 1. Die Landeskirche Sachsens ist eine freie Volkskirche evangelisch-lutherischen Bekenntnisses. Das Bekenntnis ist nicht Gegenstand der Gesetzgebung. Die Minderheiten sind zu schützen. 2. Die Landeskirche ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig durch eigene Organe. 3. Das Selbstverwaltungsrecht der Kirchengemeinden ist zu erweitern. Neben dem Kirchenvorstand ist eine größere Gemeindevertretung einzurichten. 4. Es werden Bezirkssynoden mit Beschlußrecht geschaffen. 5. Die Kirchengewalt wird durch ein synodales und ein kirchenregimentliches Organ ausgeübt. Für streitige Kirchensachen werden unabhängige Kirchengenrichte bestellt. 6. Die Synode besteht aus gewählten und vom Kirchenregiment berufenen Personen. Die Laienmitglieder sind zu vermehren und auf die Heran-

ziehung aller Schichten der Bevölkerung ist Bedacht zu nehmen. 7. Das Kirchenregiment wird von Berufsbeamten geführt. Seine Beschlüsse bedürfen in bestimmten Fällen der Zustimmung des Synodalausschusses. Präsident und Vizepräsident werden von der Synode, die weiteren Mitglieder vom Synodalausschuß auf Lebenszeit gewählt. Neben dem Verwaltungsfachmann soll der Vertreter des geistlichen Amtes bei der Leitung der Geschäfte selbständigen Einfluß haben. — Neben diesen hochbedeutsamen Beschlüssen ist noch ein anderer für das Werden der Volkskirche wertvoller Beschluß gefaßt worden: die Schaffung eines clerus minor, eines geschulten und in den kirchlichen Dienst eingegliederten Standes von Laienhelfern. War dabei zunächst an Gemeinde- und Jugendhelfer gedacht, so konnten auch die Religionslehrer und -lehrerinnen einbezogen werden. Eine Millionenstiftung einer Leipziger Dame, für christlichen Volksdienst bestimmt, sollte in erster Linie der Begründung eines Religionslehrerseminars dienen. Das Seminar ist am 4. Oktober 1919 mit 45 Zöglingen eröffnet worden.

Während die Synode tagte, wurde von der Volkssammer am 4. August 1919 das Austrittsgesetz beschlossen. Es gestattet jedem vom vollendeten 14. Lebensjahre an durch eine Erklärung vor dem Standesamt den Austritt aus der Kirche zu vollziehen. Die alsbald einsetzende Agitation durch Versammlungen und öffentliche Aufforderung bewirkte in den Großstädten zunächst einen nicht unbeträchtlichen Abfall von der Kirche. Aber die Bewegung hielt nur Wochen an und ihr Erfolg entsprach nicht den Erwartungen der Anstifter. Selbstverständlich fehlte es nicht an Gegenmaßnahmen. Wichtiger aber ist die lebhafteste Arbeit am Ausbau der Gemeinden, die durch freiwillige Helferkreise, durch Frauenverbände, Männerabende, Gemeindeversammlungen erstrebt wird. Stärkere Fühlungnahme mit den Geistlichen, reifere Mitarbeit der Laien, lebendigere Anteilnahme am kirchlichen Leben helfen allerorten, die Kirche volkstümlicher zu gestalten. Am verworrensten ist die Schulfrage. Die gewerkschaftlich organisierten Lehrer werben für die „weltliche“ Schule, die kirchliche Vorabstimmung für die evangelische Schule ergab fast 500 000 Stimmen Erziehungsberechtigter, der Kultusminister will die Gemeinschaftsschule. Wie aber die Entscheidung fallen möge, die Kirche wird die Aufgabe der religiösen Erziehung des jungen Volkes mit allen Kräften zu lösen suchen. Denn so verschieden auch die Strömungen innerhalb der Landeskirche sind, darin sind sie noch alle einig, daß die Kirche Volkskirche sein und immer mehr werden soll. —

Leipzig.

Fleischer.

Die deutsche Kirche und Schule in Großrumänien

Im Anschlusse an die Kirche der Siebenbürger Sachsen vollzieht sich eben eine Vereinigung der evangelischen Kirchen aller deutschen Siedlungsgebiete in Großrumänien. Aber eine Million Deutscher werden da einen Kulturblock bilden, dessen Wichtigkeit nicht nur die Entwicklung des kirchlichen Lebens, sondern auch das der Schule beeinflusst. Ja sogar eine deutsche Universität in Hermannstadt, anstelle der bisherigen in Czernowitz, kommt in Frage.

Der siebenbürgisch-sächsischen Kirche als dem Kerne dieser neuen deutschen Gesamtkirche, hat sich bereits

die Ultramantens angegliedert, während die Verhandlungen mit der in der Bukowina soeben im Flusse sind. Nach vertraulichen Besprechungen des Bukowiner evangelischen Seniorates mit dem Sachsenbischof Dr. Friedr. Teutsch und einigen Landeskonsistorialmitgliedern, veröffentlichte Bischof Teutsch in Folge 40 der in Hermannstadt erscheinenden „Deutschen Tagespost“ unter dem Titel: „Neue kirchliche Verhältnisse in Rumänien“ einige Richtpunkte in dieser Sache. Die Erwiderung darauf deutet manche Schwierigkeiten an, die zu überwinden sein werden. In Folge 29 desselben Blattes veröffentlicht Schulleiter Fritz Schneikart in zum Teil großer Unkenntnis über die kirchlichen und nationalen Grundlagen des siebenbürgisch-sächsischen Kirchen- und Schulwesens, einen längeren Aufsatz, in dem er gegen Bischof Teutsch Stellung nimmt. Wesentlich ist in diesen Ausführungen Schneikarts, daß in der Bukowina vor allem der Gedanke der Vereinigung der deutschen evangelischen Kirchen den freiwilligen Anschluß an Großrumänien nahe gelegt habe. Der Aufsatz polemisiert sodann gegen den sächsischen Standpunkt, den Bischof Teutsch in die Worte gefaßt hatte: „Für uns Sachsen steht unter allen Umständen fest: das Gefüge der Landeskirche darf durch den Zusammenschluß, gerade auch um dieser neuen Teile willen, nicht gelockert werden.“ Der Bukowiner Wortführer will nichts davon wissen, daß seine Kirche etwa in der Art von Schwalbennestern an dieses siebenbürgisch-sächsische „feste Gefüge“ angepickt werde. Er erklärt ferner, gegenüber Teutsch's Sage: „Indem sich die neuen kirchlichen Gruppen an die sächsische Landeskirche anschließen, die den festen Boden Jahrhunderte alter Gesetze der Gleichberechtigung und Autonomie unter den Füßen hat, werden sie dieser Rechte teilhaftig, die einem völlig neuen Gebilde nicht von vorneherein zustehen,“ nachweisbar irrtümlich, daß die Bukowiner Kirche dieselben gesetzlich festgelegten Rechte und Freiheiten ins neue vergrößerte rumänische Reich herüberbringe wie die siebenbürgisch-sächsische. Wenn die rumänische Regierung die Freiheit der Bukowiner Kirche beschneiden sollte, werde sie auch vor den vergilbten Rechtsbriefen der Sachsen aus Urgroßvaters Zeiten nicht Halt machen.

Auch über die weitere Äußerung Bischof Teutsch's beschwert sich der Bukowiner: „Und dann, so schmerzlich es ist, wir können unter keinen Umständen finanzielle Lasten auf uns nehmen, im Falle diese Gruppen zu uns in nähere Beziehungen treten. Die sächsische Landeskirche ringt in einer Weise, wie viele es gar nicht glauben wollen, heute um das Dasein. Da ist es Pflicht der Selbsterhaltung, nicht neue Lasten auf sie zu wälzen. Die Hauptsache allerdings soll nicht übersehen werden. Das Ziel ist die Stärkung und Erhaltung der evangelischen Kirche, des Protestantismus in diesen neuzusammengehörigen Ländern und damit jener Güter, die in ihm beschlossenen sind. Es eröffnet sich da der Ausblick auf ganz neue Aufgaben. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch der Zusammenschluß der evangelischen Kirchen betrachtet werden, und wenn dieses Ziel nicht aus den Augen verloren wird, werden die Wege zum Zusammenschluß sich finden lassen. Für unsere Landeskirche, als die der Zahl nach größte Gruppe, erwachsen damit neue Aufgaben. Wir wollen sie aufnehmen in der Hoffnung, daß wir an ihnen und mit ihnen selbst wachsen und stärker werden.“ Der Bukowiner meint, aus dieser

Äußerung nicht zu erkennen, was seine Kirche zu erwarten habe und welches die neuen Aufgaben seien, von denen Teutsch andeutungsweise spreche. Er bezweifelt die Fähigkeit der Sachsen, diesen neuen Aufgaben gewachsen zu sein. Sie seien im Laufe der Jahrhunderte mit ihren alten Einrichtungen so verwachsen und verknorrt, daß es ihnen schwer fallen dürfte, aus ihrer bisherigen Abgeschlossenheit herauszutreten und ihre bewährte Kraft in den Dienst des Ganzen zu stellen. Dieser Umstand scheine sich nicht nur in der Kirchenfrage geltend zu machen. Es sei ja schön, wenn man an dem ehrwürdigen, von den Vorfahren übernommenen Alten hänge, aber was die Bukowiner bei den Sachsen sähen, sei unkluge Verehrung ererbter Ideen und Einrichtungen. Der Bukowiner Vorkämpfer will nichts mehr wissen von der konfessionellen deutschen Schule. Er verlangt die allgemeine nationale Schule, erhalten aus Staatsmitteln. Es würden, meint er, sodann die Millionen, die von den Sachsen jährlich auf ihre konfessionelle Schule aufgewendet werden, rein kirchlichen Interessen zugute kommen. Die bisherigen Schulerhaltungskosten der Siebenbürger Sachsen seien eine sträfliche Verschwendung.

So einleuchtend dieser Standpunkt erscheint, so entschieden lehnen ihn die Sachsen ab. „Es hätte bei genauerer Sachkenntnis nicht geschehen können“, heißt es in der Erwiderung, „daß den Sachsen die Preisgabe des konfessionellen Charakters ihrer Schulen empfohlen wird. An diesem können sie nicht rütteln lassen, weil sie hierin auf Grund von in der Vergangenheit gemachter Erfahrungen die sicherste Gewähr für deren Fortbestand als nationale Schulen erblicken müssen.“

Gemäß dieser Feststellung sind denn auch die Sachsen soeben daran, ihr Schulwesen, besonders die Gymnasien, vollständig umzugestalten. Sie werden Realgymnasien. Im April tagte in Hermannstadt die vom Landeskonsistorium einberufene Schulkonferenz. Sie unterbreitete bereits die fertigen Lehrpläne, die schon im Schuljahr 1920/21 in Kraft gesetzt werden sollen. Die madjarische Sprache ist aus allen Klassen verschwunden, und an ihre Stelle trat Rumänisch. Von der fünften Klasse an treten Gabelungen ein, denen zufolge die Schüler zwischen mehrsprachlichen Zweigen und mathematisch-naturwissenschaftlichen wählen können. In allen Oberklassen wird auch Französisch mit je 5 Stunden gelehrt. Bemerkenswert ist die von Bischof Teutsch dargebotene Eröffnungsrede der Schulkonferenz, vollinhaltlich veröffentlicht in Folge 83 der bereits erwähnten „Deutschen Tagespost“ vom 16. April 1920.

Mit Bezug auf die Vereinigung der evangelischen deutschen Kirchen in Rumänien erörtern auch die Sachsen die Notwendigkeit, daß für alle Kirchenzweige eine gemeinsame Oberkirchenbehörde (Oberkirchenrat, Reichskonsistorium) geschaffen werde. Selbstverständlich muß jedoch der Prozeß der inneren Angleichung soweit fortgeschritten sein, daß die Grundlagen erspriesslicher Arbeit für eine solche Oberbehörde geboten erscheinen. Mit Bezug auf diesen Reichskirchenbund mit einem über allen Provinzialkirchen stehenden repräsentativen und exekutiven Kirchenorgane hatte die in Radau am 23. März tagende Bukowiner Senioratsversammlung im Namen der Bukowiner evangelischen Landeskirche eine Entschließung gefaßt, derzufolge dabei die geschicht-

liche Eigenart und Selbständigkeit der einzelnen Landeskirchen gewahrt werden möge.

Die Bukowiner sind es auch, die für eine einheimische deutsche Universität, die an Stelle der allmählich der Romanisierung preisgegebenen Universität in Czernowitz in Hermannstadt errichtet werden solle, eintreten, während die Siebenbürger Sachsen an ihrem alten Grundsatz festhalten möchten, ihre Kirchen- und Schulamtskandidaten an reichsdeutschen Universitäten ausbilden zu lassen. Die sich heute dagegen aufstürmenden Schwierigkeiten werden erweisen, ob die Bukowiner Recht behalten, wenn sie in einem in Folge 87 der „Deutschen Tagespost“ veröffentlichten Artikel erklären: „Vertennen wir die bodenständige Bedeutung einer inländischen deutschen Hochschule nicht. Wollen wir ein gemeinsames Volk von Brüdern werden, dann müssen wir hier im Osten die gemeinsame Grundlage erbauen. Allzu dünn und unsicher wäre die Verbindung durch den direkten Besuch ausländischer deutscher Hochschulen, der nur wenigen möglich wäre. Wir müssen die Zukunft aller deutschen Stämme im Auge behalten und nicht bloß an die Siebenbürger Sachsen denken. Der Staat kann sich auf die Dauer unserer Forderung nicht verschließen. Unsere hohe Kultur und Volkszahl gibt uns das Recht, eine deutsche Universität zu verlangen. Die Czernowitzer wird natürlicherweise romanisiert. Bevor aber an ihr die deutsche Vortragsprache, die noch teilweise, wie nicht anders möglich, gebraucht wird, ganz durch die rumänische ersetzt ist, soll eine deutsche Universität in Siebenbürgen ihr Erbe übernehmen.“
Graz, Anfang Mai 1920. Johann Leonhardt, Pfarrer i. R.

Aus der Werkstatt eines päpstlichen Nuntius

Am 25. August 1786 beschlossen die Kirchenfürsten Deutschlands, die vier Erzbischöfe von Mainz, Trier, Köln und Salzburg, die sogenannte „Emser Punktion“, in der sich auch die Bestimmung findet: „Die Nuntiaturen hören auf“. Gerade die über ihren Kopf vom Papst verfügte Gründung einer neuen Nuntiatur zu München, die eine schwere Beeinträchtigung ihrer Rechte bedeutete, hatte sie zu ihrem gemeinsamen Vorgehen, bei dem sie des Schutzes Kaiser Josefs des 2. sicher zu sein glaubten, getrieben. Die Erzbistümer Mainz und Trier sind vom Sturm der französischen Revolution und der darauf folgenden Ereignisse weggesegt worden, aber die Nuntiatur zu München besteht immer noch, doch ist die Aussicht vorhanden, daß sie einer Nuntiatur für das Deutsche Reich in Berlin Platz machen muß.* Schon im Jahre 1868, vor mehr als einem halben Jahrhundert, hat der streitbare Hallische Theologieprofessor D. Justus Jacobi in einer besonderen Schrift „Der päpstliche Nuntius in Berlin“ vor diesem Schritt gewarnt, den Bismarck schon längst getan hätte, wenn nicht Kaiser Wilhelm der 1. und die Minister dagegen gewesen wären. Nun ist es aber so weit und es verlohnt sich wohl deshalb, einmal einen Blick in die Werkstatt eines päpstlichen Nuntius, von dem sich Bismarck bis zuletzt das Beste versprach, zu tun.

Einer der hervorragendsten Nuntien der katholischen Kirche war der 1756 geborene und 1844 gestorbene Kardinal Bartolomäus Pacca, der die Zeiten des Niedergangs und des Aufschwungs des Papsttums, der Auf-

hebung und Wiederherstellung des Jesuitenordens erlebte, was Karl Hase trefflich also zum Ausdruck gebracht hat: „Der alte Kardinal Pacca, der in seiner Jugend Pascals Provinzialbriefe gelesen hatte, auch den Tag noch in gutem persönlichen Andenken hatte, als Clemens der 14. das Aufhebungsbreve erließ, welches die Eintracht des Erdkreises für unmöglich erklärte bei der Existenz der Jesuiten, wurde mit der Ausführung der Wiederherstellungsbulle beauftragt.“ Für uns kommt hier nur seine Tätigkeit zu Köln als päpstlicher Nuntius in den Jahren von 1786—1794 in Betracht, die er in hohem Alter noch selbst anschaulich geschildert hat (Deutsch, Augsburg 1832). Diese Schilderung läßt uns einen lehrreichen Einblick in die Mittel und Machenschaften eines gewandten päpstlichen Nuntius tun. Sie läßt uns auch Schlüsse ziehen, welche Tätigkeit ein solcher jetzt in Berlin und im Deutschen Reich entfalten würde. Bemerkt doch Pacca selbst, daß „die Begebenheiten auf dem Theater der Welt sich wiederholen und nur die handelnden Personen sich ändern“, wie ihm denn der Bericht des Nuntius Peter Ludwig Caraffa, der 1624 bis 1634 ebenfalls in Köln Nuntius gewesen war, „viele Belehrungen und Nachrichten bot, die zur Richtschnur über das Verhalten der geistlichen Angelegenheiten dienen konnten.“

Pacca trat sein Amt unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen an, denn die deutschen Erzbischöfe weigerten sich einfach, ihn anzuerkennen. Auf die aufgeklärten beiden Erzbischöfe von Mainz, von Erthal und von Dalberg, wendet er geradezu einen Ausspruch des heiligen Bernhard an: „Ein falscher Katholik schadet mehr als ein wirklicher Keger“. Vor seinem Fortgang nach Deutschland wurde er vom Papst Pius dem 6. empfangen, worüber er folgendermaßen berichtet: „Er sagte mir, daß, da ich einige Jahre unter so vielen Feinden des heiligen Stuhls und in der Mitte von Protestanten, welche die päpstlichen Gesandten stets mißtrauisch beobachteten, zu leben hätte, mein Betragen so beschaffen sein mußte, daß es keinen Anlaß zu Tadel und unvorteilhaften Bemerkungen gäbe.“ Nach Paccas Meinung „stürzte“ mit der Aufhebung des Jesuitenordens „der letzte Damm zusammen und Deutschland wurde von gottlosen und irreligiösen Schriften überschwemmt“. Vor allem aber „gelang es den Feinden der Kirche, zwischen dem Heiligen Stuhl und den kurfürstlichen Erzbischöfen Streitigkeiten und Uneinigkeiten zu erregen, welche bei den Guten Argernis hervorbrachten, die Priesterschaft der öffentlichen Geringschätzung preisgaben und den Weg zu jenem traurigen Sturz bahnten, welcher im Jahre 1803 (durch den Reichsdeputationshauptschluß) die deutsche Kirche ihrer großen Ehren und Vorrechte sowie ihrer alten Macht und ihres Reichtums beraubte.“ Besonders Haß zeigt er gegen „Herrn von Hontheim, den Verfasser des infamen Werkes (über den Zustand der Kirche und die berechnete Gewalt des römischen Papstes), das unter dem Namen Justinus Febronius erschienen war“. Auch hatte der Kaiser Josef der 2. erklärt, „daß er nicht erlauben würde, daß die Nuntien für die Zukunft irgend eine Art von Gerichtsbarkeit ausübten“. Während die Erzbischöfe die Annahme der Vollmachten des päpstlichen Nuntius, falls er nicht „auf jeden Akt der Gerichtsbarkeit im erzbischöflichen Sprengel“ verzichte, verweigerten, sandte die Stadt Köln ihm „den sogenannten Ehrenwein“, welches eine Ehrenbezeugung ist, die in

*) Siehe Wochenschau dieser Folge.

Deutschland hohen Personen erwiesen wird und in einem Geschenk einer guten Anzahl Flaschen alten Rheinweins besteht". Ebenso fand Pacca bei der preussischen Regierung das größte Entgegenkommen. Sie ersuchte ihn, beim Papste vorstellig zu werden, daß Friedrich Wilhelm dem 2. endlich der Königstitel zuerkannt wurde, was wenn auch durch Paccas Vermittlung geschah. Der Papst gab sich großen Hoffnungen hin, in dem Könige neuen Bundesgenossen gegen die Erzbischöfe zu finden, doch konnte Pacca, der tiefer blickte, diese Hoffnungen nicht teilen. Pacca mußte es ruhig geschehen lassen, daß Bonn als Gegengewicht gegen Köln eine Universität errichtet wurde, die nach seinen Worten „bald ein erpesseter Lehrstuh" wurde. Dagegen wußte er es durch einen Einspruch beim Rektor der Universität Köln zu verhindern, daß dort freigeistige Sätze öffentlich vorgetragen wurden. Freilich zog er sich dadurch den Spottnamen des „jungen Hildebrand" zu, während der Papst der Universität ein Belobungsschreiben sandte. Zum Zusammenstoß mit dem Kölner Erzbischof kam es aber, als ein kurfürstlicher Entscheid in einer Ehescheidungssache von Pacca in einem besonderen Rundschreiben an die Pfarrer des Kölner Sprengels angefochten, die danach eingegangene Ehe als Unrecht und die daraus hervorgegangenen Kinder als unrechtmäßig hingestellt wurden. Der Erzbischof befahl darauf den Pfarrern, ihm den „Brandbrief" des Nuntius zurücksenden, den er „einen fremden Mietling" nannte, „der die Seelsorger gegen ihren rechtmäßigen Oberhirten aufreize". Ebenso erklärte der Kaiser Paccas Schreiben für ungültig, während er beim Papste dafür Beifall fand. (Fortsetzung folgt).

Aus Welt und Zeit

Heute ist im Deutschen Reiche Wahltag. Was er bringt, werden unsere Leser wissen, bis dieses Blatt in ihre Hände gelangt. Unabhängig von der politischen Stellung erwartet so ziemlich jedermann, daß die Dinge in anderes Gesicht annehmen werden. Es hat eine stillere Luft geherrscht im neuen Deutschland. Nun werden die Fenster aufgerissen werden. Hoffentlich weht der neue Wind von der richtigen Seite!

Wir haben in unserer letzten Folge uns wieder mit den inneren Verhältnissen von Deutsch-Osterreich beschäftigt. Auch dort spitzen sich die Dinge zu einer Krise zu: die schwarzrote Koalition, die auch in Osterreich die Lage beherrschte, und die dort umso unnatürlicher ist, weil die österreichische Merikale Partei auch die im Herzensgrunde absurd-gesinnten konservativ gerichteten Feudalen umschließt, deren Gesinnungsgegnern im reichsdeutschen Zentrum durch die Arbeitersekretäre mundtot gemacht sind, diese Koalition scheint in den letzten Zügen zu liegen. Was dann? Alleinherrschaft des kommunistisch gefärbten linken Flügels der Sozialdemokratie unter der Führung des Mörders Friedrich Adler? Das würde den Bürgerkrieg zwischen Stadt und Land bedeuten!

Die Note der „Reparationskommission" an Osterreich ist ein Urkundenstück zur Zeitgeschichte, das man zum ewigen Gedächtnis aufbewahren sollte. Eine solche Sprache führt man sonst nicht einmal mit einer Negerkolonie. Aber die Ausführungen des Staatskanzlers Dr. Renner über diese Note sind noch betäubender. Er scheint ein förmliches Vergnügen daran zu empfinden, daß Deutsch-

Osterreich an der Sklavenskette festliegen soll. Wir verweisen dazu wieder auf unsere Ausführungen an dieser Stelle in der letzten Folge. 6. 6. 20. Hr.



Wochenchau

Deutsches Reich

„Das Ende einer Illusion" — so überschrieb die Wartburg im vorigen Jahre einige Mitteilungen über den Ausgang des Unternehmens, einen „evangelischen Flügel der Zentrums" ins Leben zu rufen, in dem sich harmlose Protestanten unter dem Schlagwort „Christliche Volkspartei", „gemeinsames Eintreten für die bedrohte christliche Kirche" an den Triumphwagen der Erzbergerpartei einspannen ließen. Ein Teil der Genasführten merkte schließlich doch, wohin der Kurs ging, und sagte sich Ende Juni 1919 von der Zentrums-Partei wieder los. Einer von ihnen, Pfarrer Häder von der Lutherkirche zu Berlin, ist im jetzigen Wahlkampf als Redner für die deutsch-nationale Volkspartei hervorgetreten, und mußte sich dagegen verwehren, daß alte Flugblätter aus dem Wahlkampf von 1919, die seine Unterschrift trugen, in diesem Wahlkampf aufs neue hervorgehoben und verwendet wurden. Als letzte Säule war der vormalige Greifswalder Theologieprofessor D. Duntmann übriggeblieben, der sogar seit Ende 1919 eine besondere Zeitschrift zum Gimpelfang für das Zentrum herausgab, die in der Zeit schwerster Papier- und anderer Mängel anscheinend mit ziemlich reichlichen Mitteln ins Leben trat. Jetzt scheint auch Duntmann geheilt zu sein. In einem Aufsatz „Die Qual der Wahl" schreibt er in der „Vossischen Zeitung" (256. Folge vom 21. Mai 1920): „Als Außenleiter im Zentrum versuchte ich einmal, habe aber die Lust verloren. Da ist vorläufig für Protestanten kein Raum". Das ist zwar späte Erkenntnis, aber besser späte Erkenntnis als gar keine.

Zur Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin schreibt die DCK: Im April 1919 fand ein Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten Ebert und dem Papst Benedikt dem 15. statt. Der Brief Eberts ist nicht veröffentlicht worden. Benedikt der 15. sandte in seinem Antwortschreiben „dem ausgezeichneten ehrenwerten Mann Friedrich Ebert" Gruß und Segen und versicherte, daß er die in Aussicht gestellten Bemühungen Eberts zur Befestigung der Beziehungen zwischen Deutschland und Vatikan eifrig unterstützen werde. Die praktischen Folgen dieses Briefwechsels liegen nunmehr zutage. Neben einer bayrischen Gesandtschaft vertritt ein deutscher Botschafter das Reich beim Vatikan und neben der päpstlichen Nuntiatur in München wird eine solche in Berlin errichtet. Das ist die äußere Form für die „gefestigten Beziehungen" Deutschlands zum Vatikan. Was aber ist ihr innerer Wert? Ohne Zweifel hat die „Magdeburger Stg." Nr. 324 vom 15. Mai 1920 recht mit der Feststellung, „daß mit dieser Neuordnung die römische Kirche in Deutschland vermehrtes Ansehen und größeren Einfluß gewonnen hat." Das kann aber für uns keineswegs der Kern der Frage sein. Es handelt sich vielmehr darum, sachlich und nüchtern abzuwägen, welche Vor- oder Nachteile Deutschland in seiner Gesamtheit von diesen Dingen zu erwarten hat. Da tauchen gleich eine Reihe schwerer Bedenken auf. Artikel 78 der Weimarer Verfassung bestimmt, daß die diplomatische Vertretung der Staaten an das Reich übergehe. Dies ist bisher allen Staaten gegenüber durchgeführt worden. Was aber bedeutet nun die doppelte Vertretung Deutschlands beim Vatikan und die doppelte Nuntiatur in Deutschland? Will man dem Vatikan das verhängnisvolle Diplomatenpiel des Divide et impera, das Auspielen des bayrischen Vertreters gegen den preussischen bzw. nunmehr gegen den deutschen und umgekehrt, das für Deutschland in der Vergangenheit so lächerlich und schädlich war, wieder ermöglichen? Oder ist gar für den Vatikan die von unseren Gegnern so sehr angestrebte Trennung von Nord und Süd eine vollendete Tatsache und ist gerade dem Vatikan gegenüber in dieser Frage keine Vorsicht mehr zu üben? Und haben bei der allgemeinen Misere hier gar keine Sparsamkeitsrücksichten zu gelten? Und dann diese unzeitgemäße Eile? Noch besteht zwischen Quirinal und Vatikan die römische Frage. Italien wacht eifersüchtig darüber, daß bei der Auseinandersetzung darüber fremde Einflüsse ausgeschaltet bleiben. Durch die Ernennung eines Botschafters beim Vatikan und die Zulassung einer Reichsnuntiatur in Berlin löst Deutschland vorzeitig die so heiß umstrittene Frage nach der völkerrechtlichen Souveränität des Papstes. Und das in einem Augenblick, in dem der

Reichskanzler als besten Trumpf seiner Politik in San Remo wie in Spaas das Entgegenkommen Italiens bezeichnet. Diese ungeschickte Eile ist verdächtig. Fast muß man vermuten, die Angst des Zentrums vor dem 6. Juni und seinen Folgen sei dabei die treibende Kraft. Deshalb mußten die Veränderungen, unbekümmert um Verfassung und außenpolitische Rücksichten, schleunigst vorgenommen werden, solange das Zentrum und der „ausgezeichnete ehrenwerte Mann“ noch die Macht dazu haben. Und Rom nützt diese seltene Konjunktur als geschickter und verständnisvoller Partner bereitwillig aus. Neben diesen Bedenken inner- und außenpolitischer Art muß auch das konfessionelle Moment beachtet werden. Eine päpstliche Nuntiatur ist vor allen Dingen eine konfessionelle Einrichtung, oder, wenn man will, eine politische Einrichtung zu konfessionellen Sonderzwecken. Sonst wäre sie eine *contradictio in terminis*. Eine so starke konfessionelle Instanz, wie sie in einer doppelten päpstlichen Nuntiatur und in entsprechender Auswirkung in einer doppelten Vertretung Deutschlands beim Vatikan gegeben ist, belastet das paritätische Verhältnis der Konfessionen in Deutschland über Gebühr. Eine derartige Belastung ist in unserer augenblicklichen Lage unflug und ungerecht. Es gibt genug Spaltungen im deutschen Volke. Diejenige aber, die am bösesten in Deutschland gewirkt hat, die historische Spaltung um Religion und Weltanschauung wollen, die soll man nicht unnötig verschärfen. Der deutsche Protestantismus aber muß es als eine Herausforderung empfinden, derartig gehäufte Vorteile einseitig zugunsten einer Konfession zu schaffen. Aus all diesen Gründen muß man der neuesten römischen Politik der augenblicklichen Machthaber in Deutschland das schärfste Mißtrauen aussprechen.

Auf dem Wege zur Simultanschule? Eine Mädchenmittelschülerin in Schleswig-Holstein kommt zu ihrem katholischen Religionslehrer und fragt ihn, ob es denn wahr sei, daß Jesus Brüder und Schwestern gehabt habe. Und richtig, es steht so in ihrem Lesebuch: Vaterland. Lesebuch für die deutschen Nordmarken. 5. Aufl. 4. Band. S. 600, in einem Aufsatz „Jesu Elternhaus“ von Willibald Beyschlag. Was Wunder, daß der Mann sich niederlegt und seinem gepreßten Herzen in einer längeren Einsendung an die „Germania“ (185) Luft macht? Ist es nicht eine Ungeheuerlichkeit, wenn in einem Schullesebuch, das gelegentlich auch von ein paar Duzend katholischen Kindern benützt wird, das römische Dogma die evangelische Geschichte noch nicht hat besiegen dürfen? Es ist einer solchen — Naivität gegenüber schwer, ernst zu bleiben. Im Ernste geredet: der an sich unbedeutende Vorfall ist geradezu ein Schulbeispiel, was wir von wirklichen Simultanschulzuständen zu erwarten haben. Jedes Lesebuch, jedes Lehrbuch der Geschichte, der deutschen Sprache und Literatur usw., vielleicht später einmal jedes Lehrbuch der Geometrie oder der Physik wird förmlich durchspioniert werden, ob sich nicht ein Säbchen darin findet, woran eine katholische Seele Anstoß nehmen könnte, mag es auch im einzelnen geschichtlich noch so gut begründet sein, wie im vorliegenden Falle, wo es sich um ein rein römisch-dogmatisches Vorurteil handelt. Wenn auf diese Weise z. B. jede Behandlung religiöser Fragen im Lesebuch erschwert wird, dann kommt ein Schulrat des religionslosen Staates und dekretiert mit einem Federstrich: die Behandlung religiöser Gegenstände in den Lesebüchern ist unstatthaft. Wird das dann der „Germania“ lieber sein?

Eudendorff und die Erzbergerpresse. Das Stuttgarter „Deutsche Volksblatt“, an dem seinerzeit Erzberger sich die ersten politischen Sporen verdiente, brachte zuerst vor einigen Wochen die von der übrigen ultramontanen Presse eifrigst nachgedruckte Behauptung, Eudendorff habe einmal den ehemaligen Leiter der katholischen Soldatenfürsorge, den Generalsekretär Dr. Venn, angeherrscht: „Was wollen Sie denn eigentlich mit Ihrer religiösen Beeinflussung in unseren Soldatenheimen? Das ist Humbug! Ich wünsche keine religiöse Beeinflussung der Soldaten, weder im Kriege noch nach dem Kriege!“ Selbstverständlich fehlte unter den weiteren Verbreitern dieser gemeinen Wahllüge weder die „Germania“ noch die „Augsb. Postzeitung“. Als Eudendorff die Meldung für „glatt erfunden“ erklärte, hatte das Erzbergerblatt die Stirn, seine erste Behauptung glattweg zu wiederholen: General Eudendorff habe diese Äußerung getan, keine Ablenkung vermöge den Kredit seiner (des D. Vbl.) Quelle zu erschüttern.

Nun veröffentlicht aber im „Schwäb. Merkur“ (5. 5.) der katholische Stadtpfarrer Prof. Dr. Koch in Stuttgart eine Mitteilung, wonach er sich an Dr. Venn selbst gewandt und dieser ihm mitgeteilt habe, daß er nie eine Unterredung mit Eudendorff gehabt habe, in der solche oder ähnliche Worte gesprochen worden seien! Der katholische Geistliche fügt bei: „Ich bin gespannt darauf, ob die Zentrumspresse diese Verleumdung zurückzunehmen wird!“ Die Germania hat sich z. B. bis zum heutigen Tage nur dazu entschließen können, ihren Lesern zu verraten, daß Eudendorff die Richtigkeit seines Ausspruchs bestritte — worunter sich dann die gläubigen Zen-

trumschäflein das entsprechende denken sollen. Nur die „Deutsche Katholikenzeitung“ (26) versteht sich dazu, die Verleumdung mit aufrichtigem Bedauern zurückzunehmen. Das ist in einem kleinen Bildchen die „gute Presse“!

Oesterreich

Persönliches. Im Gottesdienst am Sonntag den 30. Mai verabschiedete sich von seiner Gemeinde Gmunden der in dem Ruhestand tretende Superintendent D. Koch. Seit 1864 stand er im Dienste der Gemeinde Gmunden, seit 1870 als Pfarrer; seit 15 Jahren bekleidete er das Amt des oberösterreichischen Superintendenden und war damit der geistliche Leiter der evangelischen Gemeinden in Oberösterreich, Salzburg und Tirol, die er in dem in diesen Gemeinden überlieferten Geiste des ausgesprochenen Lutherums führte. Geboren am 15. Juni 1838 hat er also nahezu das 82. Lebensjahr im Dienste vollendet und war schon längst sowohl nach dem Lebensalter wie nach dem Dienstalter weitaus der Senior der evangelischen Geistlichkeit in Oesterreich. Auch in der Generalsynode wie im Synodalausschuß gehörte er zu den führenden Persönlichkeiten. In wissenschaftlichen Kreisen war er bekannt als einer der hervorragendsten Kenner der Geschichte des Protestantismus in Oesterreich. An seine Stelle als Pfarrer von Gmunden tritt der schon vor einiger Zeit gewählte Pfarrer Dopplinger.

Die Gemeinde Bielitz verlor durch Todesfall in dem Landwirt Rudolf Schädel einen tüchtigen Presbyter, der namentlich im Ausschuß für Gemeinde- und Armenpflege treu mit gearbeitet hat.

Gemeindenachrichten. Die Pfarrgemeinde Trautenau hat sich entschlossen, zur Unterstützung des Pfarramts eine Visarstelle zu errichten. Es wird auf diese Weise nicht nur die Diaspora eingehender gepflegt und die Religionsstunden, namentlich die auswärtigen, vermehrt werden können, sondern es wird dann auch am Pfarramt selbst, was ein dringendes Bedürfnis in der wichtigen Kreisstadt bedeutet, allsonntäglich Gottesdienst gehalten werden können.

Von den evangelischen Freikirchen. Eine Folge des Umsturzes und der neuen Verfassungen war, daß nicht nur in Oesterreich, sondern auch in anderen „Erbstaaten“, namentlich in Tschechoslovakien, die bisher höchstens zu Hausandachten ermächtigten evangelischen Freikirchen, deren Glieder (soweit sie nicht auf dem Papier in ihren alten Kirchen blieben) amtlich als Konfessionslos galten, ein erhöhtes Maß von Bewegungsfreiheit genießen. So meldet die Wiener „Reichspost“, daß die Methodisten in Wien eine starke Propaganda entfalten, und daß sie im Begriffe seien, im 8. Bezirk eine Kirche zu erbauen. In Ried (O.-Oe.) wurde durch die Taufe von 11 Erwachsenen eine baptistische Gemeinde begründet. Gerade in dem so streng katholischen Innviertel war immer schon eine bemerkenswerte Tätigkeit amerikanischer Freikirchen zu spüren; sogar Mormonen-Propaganda wurde dort schon bemerkt. — In Prag wiederum hat die Heilsarmee ein Hauptquartier eröffnet und ihre ersten tschechischen „Offiziere“ ernannt. Außer in Prag arbeitet sie in Brünn, Kladno, Tachau, Königgrätz und anderwärts. In Krtisch bei Prag hat sie ein Zufluchtsheim für gefallene Frauen eröffnet. Bezeichnenderweise haben die „Freidenker“ am 15. Mai auf dem Altstädter Ring zu Prag eine Einspracheversammlung gegen die Heilsarmee und ihre Tätigkeit gehalten. Eine größere deutsche evangelische Gemeinde in einer deutschböhmisches Industriestadt betreibt schon seit Jahren ihre soziale Liebesarbeit mit der Heilsarmee gemeinsam. Man sieht auch hier, wo wahrhaft „freies Denken“ zuhause ist. — Private Mitteilungen aus Böhmen und Mähren erzählen, daß es in den größeren Städten derzeit von Vertretern amerikanischer Freikirchen geradezu wimmelt, die alle als „böhmische Brüder“ angesehen sein wollen. Sie arbeiten fast ausschließlich unter den tschechischen Katholiken.

Auch die schon vor dem Kriege in jedem Jahrzehnt einmal bemerkbaren Bemühungen um Errichtung einer tschechisch-orthodoxen Kirche leben wieder auf, so wenig gerade jetzt auch, wo die russische Kirche darniederliegt, die Zeit dafür günstig zu sein scheint. Narodny Listy berichten, daß sich ein neugebildeter Ausschuß in dieser Richtung bemüht. Diese Kirche „habe nie die slavische Vertranenslosigkeit für die Zwecke einer fremden Oberherrschaft mißbraucht, sondern sei stets für die slavische Freiheit gewesen.“ — Wie die tschechisch-evangelischen „Funken von Konstanz“ (19) aus privaten Quellen melden, haben beim Prager Magistrat seit Neujahr 1800 Personen ihren Austritt aus der römisch-katholischen Kirche erklärt.

Der Oberste tschechische Verwaltungsgerichtshof zu Prag hat die von der politischen Landesbehörde verfügte Beschlagnahme des Klosters Emaus in Prag als dem Gesetz widersprechend aufgehoben. In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt, daß einerseits im administrativen Verfahren nicht festgestellt worden sei, ob die Beschlagnahme ohne unersehbare wirtschaftliche Schädigung der Betsitzer erfolgen könne. Diese Feststellung könne erst erfolgen, wenn

as laut Gesetz dem Besitzer anzuweisende Ersatzobjekt speziell zugewiesen werde. Die Zuweisungen des Ersatzobjektes und die Beschlagnahme hätten durch einen einheitlichen Verwaltungsakt erfolgen müssen. Es gehe nicht an, daß die Behörde lediglich die spätere Zuweisung eines Ersatzobjektes in Aussicht stelle.

Diese vornehme Haltung des obersten Gerichtshofs (die ja allerdings selbstverständlich sein sollte) ist umsomehr hervorzuheben, als maus als der Sitz des bekannten Abtes Alban Schachleiter die Begnerschaft der „kulturschmerzlichen“ Regierung stark herausgefordert hat.

Der Anschluß des Burgenlandes. Monate, Jahre verstreichen und der erhoffte und von den Machthabern der Welt zugesagte Anschluß des deutschen Nachbargebietes der Eisenburger, Oedenburger und Wieselburger Gespanschaften an Deutsch-Österreich will doch immer nicht Wirklichkeit werden.

Es ist nicht mehr vorsichtige Zurückhaltung, auch nicht deutsche Rücksicht, sondern unbegreifliche Fahrlässigkeit, dies pünktliche Versäumen all' der schönen, nie wiederkehrenden Gelegenheiten für die Vollziehung des Anschlusses. Es ist notwendig, gerade jetzt davon zu reden, weil wieder einer jener günstigen Augenblicke gekommen sein scheint. Der Friedensvertrag mit Deutsch-Österreich steht unmittelbar vor der Ratifizierung und auch der Friedensschluß mit Ungarn ist über den Zustand der Verhandlungen längst hinaus. Aber auch wenn jetzt noch irgendwelche rechtliche Bedenken vorgeschützt werden könnten, das zu tun, was doch einmal geschehen muß, wären die Gründe zwingendster Natur vorhanden, die den Vollzug des Anschlusses beschleunigen müßten. Deutsch-Österreich ringt mit der Hungersnot und die Lage ist durchaus nicht so, daß für den nächsten Winter alle Sorgen beseitigt wären. Im Burgenlande gehen üppige Ernteerträge der Reife entgegen. Will man so lange warten, bis der Schnitt erbracht ist und wenn nicht der ungarische Staat, so doch die ungarnischen Händler bekannter Rasse den schönen Ertrag, der dem hungarnischen Wien recht gelegen käme, nach Ofenpest oder sonst wohin verführen? Nicht nur uns, sondern auch den fremden Mächten, die die Ernährung Deutsch-Österreichs so viel getan haben, müßte daran gelegen sein, daß dies nicht geschieht. Außer diesen wirtschaftlichen Gründen sollte auch die Erkenntnis beschleunigend wirken, daß es die Liebe unserer deutschen Stammesgenossen im Burgenlande auf eine harte Probe stellt, daß wir sie anscheinend so gleichgültig oder mitleidslos — ein drittes gibt es nicht — dem noch immer gedämpften Übermut magyarischer Machthaber preisgeben. wäre daher die Pflicht der Regierung, bei den Ententemächten einzuwirken, daß ohne Rücksicht auf den Stand der Friedensverhandlungen, die in der westungarischen Frage gegebene Zusicherung erfüllt werde.

Eigentümlich berührt, daß in der reichsdeutschen Presse die Stimmen sich häufen, in denen leichten Herzens der Verrat des Burgenlandes an das Magyarentum befürwortet wird. So neuestens unserer Verblüffung in den — Monatsheften des Gustav Adolfvereins!

Ausland

Italien. Von der „Friedensencyklika“ des Papstes Benedikt XV. macht die literarische Presse von Rom bis Berlin einen gewaltigen Lärm. Wir haben den Wortlaut noch nicht zu sehen bekommen. Scheinend ist ihr Kernpunkt der feierliche Verzicht des Papstes auf, den katholischen Staatsoberhäuptern den Besuch an italienischen Königshöfen unmöglich zu machen. Es hat ja allerdings z. B. am Anfang an dazu beigetragen, in das Gefüge des Dreibundes den Keil zu treiben, wenn zwischen zwei von den beteiligten Höfen Habsburg und Savoyen — noch eine alte Mißstimmung lag, die der rührte, daß der Besuch des italienischen Königs in Wien unwillkommen geblieben war. Es hat namentlich die Stellung des Hauses Savoyen anderen katholischen Dynastien gegenüber erschwert und namentlich die Heiratsmöglichkeiten seiner Prinzen und Prinzessinnen ungünstig beeinflusst hat. Das Haus Savoyen wird also von der „Friedensencyklika“ angenehm berührt sein; was sie für die alte Welt Großes bedeuten solle, muß erst abgewartet werden. können es wirklich nicht für eine Großtat halten, wenn der Papst sich auf eine kleinliche Empfindlichkeit verzichtet, die doch eigentlich ein Hohn auf seine religiöse Stellung war.

Abgesehen ist vor kurzem schon einmal ein „katholisches Staatsoberhaupt“ beim Papst empfangen worden. Der österreichische Staatskanzler Dr. Renner ist Katholik; fast der einzige unter den Staatsoberhäuptern in Mitteleuropa. Ebert, bisher noch Präsident des deutschen Reiches, ist „apostatischer“ Katholik und scheinungslos, Masaryk, der Präsident des tschechoslowakischen Staates zur reformierten Kirche übergetreten, Horthy, der Regent von Ungarn, gebürtiger Reformierter.



Bücherschau

Katholisches

Otto Zimmermann, S. J., Das Dasein Gottes, 1. Bdch.: Der immergleiche Gott. Freiburg, Herder 1920. 136 S. M. 5.20, geb. M. 7.20 u. Zuschlag.

Protestanten werden zwar dieser Neuscholastik gegenüber sozusagen ratlos dastehen. Immerhin mag, wer den Monismus zu bekämpfen hat, auch von dieser katholischen Arbeit mit Gewinn Kenntnis nehmen.

Johann Peter van Kasteren S. J., Was Jesus predigte. Eine Erklärung des Vaterunsers. Freiburg, Herder 1920. 163 S., kart. M. 5.80 u. Zuschlag.

Auch diesem Buche können evangelische Leser kaum etwas entnehmen, was sie nicht in ihrer eigenen Literatur reichlich finden. Wir bemerken noch, daß der Verfasser die von Lagarde verfochtene Erklärung der 4. Bitte teilt: Unser Brot für morgen gibt uns heute.

M. Regina Moß, Geh hin und künde! 13.—16. Auflage (26.—35. Tausend.) Freiburg, Herder 1920. M. 4.50, geb. M. 6.50 u. Zuschlag.

Der Religionspsychologe von Fach wird aus dieser Konvertitengeschichte viel Interessantes entnehmen können.

Ecclesia orans. Herausgegeben von Abt Ildefons Herwegen. 1. Bdch.: A. Guardini, Vom Geist der Liturgie. 4. u. 5. umgearb. u. verm. Aufl. Freiburg, Herder 1920. M. 2.80 u. Zuschlag.

So etwas habe ich lange gesucht. Das Büchlein gibt Antwort auf die Frage: Was soll dem korrekt kirchlich empfindenden Katholiken die Liturgie seiner Kirche sein? Welches Erlebnis bedeutet sie ihm, wenn er sie nicht — was allerdings wohl meist der Fall sein wird — nur zu allgemeinen Stimmungswerten ausmünzt, sondern „mit der Kirche fühlen“ will im Sinne unbedingtester strenger neuscholastischer Gläubigkeit? Das kurze Schlusskapitel „Der Primat des Logos über das Ethos“ bedeutet auf seinen 11 Seiten eine ganze Einführung in das Wesen des Katholizismus. für Protestanten, die den Katholizismus aus der Quelle studieren wollen, ganz unentbehrlich.

Vom Kampf um die Weltanschauung.

Dr. W. Koppelman, Weltanschauungsfragen. Berlin, Reuther u. Reichard 1920. 140 S. M. 5.—

In knapper, aber klarer Darstellung werden die wichtigsten Weltanschauungsfragen besprochen: das Weltbild der Naturwissenschaft und die philosophische Weltbetrachtung, die Abstammung des Menschen, die Seelenfrage, Logik und Ethik, Wesen, Bedeutung und Gewissheit der Religion. Überall werden vor allem die Probleme scharf herausgehoben, Hypothesen und Ergebnisse sorgfältig geschieden. Aber wenn auch viele Fragen offen gelassen werden, wendet sich doch der Verfasser gegen einen verschwommenen Relativismus und vertritt seinen christlichen Standpunkt. Andererseits wird jede unwissenschaftliche Apologetik vermieden. Das Buch ist als Grundlage für Vorlesungen an Volkshochschulen sehr geeignet.

Georg Stöck, Die Weltanschauung der Bibel. 4. Heft: Weltreich und Weltstadt. 5. Heft: Das heilsgeschichtliche Wesen des Gottesdienstes. 6. Heft: Die Erziehung der Menschheit. Gütersloh, C. Bertelsmann. 2.40 M., 4 M., 3.60 M.

Der Verfasser bietet Auslegungen wichtiger Stellen vornehmlich aus dem Alten Testament, oft eigenartig, vielfach geistvoll, aber manchmal auch mehr als seltsam.

Verschiedenes

Die kirchlichen Hymnen in den Nachbildungen deutscher Dichter. Mit den lateinischen Texten, einer Einleitung und Anmerkungen hrsg. von Prof. Dr. O. Kellinghaus, M.-Gladbach, Volksverein 1919. 419 S. Geb. M. 6.—, Halbl. M. 7.20.

Der Herausgeber klagt darüber, daß die kirchlichen Hymnen selbst bei seinen Glaubensgenossen nicht so bekannt seien, wie sie es verdienen. Bei Protestanten ist dies natürlich in noch höherem Maße der Fall. Die bekanntesten sind allerdings wohl in jedem kirchengeschichtlichen Lesebuch abgedruckt (z. B. 10 bei Rinn und Jüngst). Kellinghaus bringt 126 Hymnen (einige der allerbekanntesten, z. B. Salve caput fehlen) mit guten deutschen Übersetzungen. Sind es

auch im Original und in der Übersetzung nicht lauter Perlen, so begrüßen wir doch eine derartige Sammlung umsomehr, als der Preis bei — in Anbetracht der Zeit — guter Ausstattung recht mäßig ist. Schr.

Peter Petersen, Siehe, ich komme bald. Stuttgart, J. F. Steinkopf. Geb. 3.60 Mk.

Eine allgemeinverständliche Auslegung der Offenbarung Johannis nach dem Kommentar von D. Ch. Kliefoth, die manchem frommen Bibelschriften gewiß gute Dienste leisten wird, wieweil die Auslegung geschichtlich recht ansehnlich ist. Mir.

Der Zionspilger. Ein Taschenbuch für Bibelleser und alle, die im Weinberge des Herrn mithelfen wollen. Mit Tageslosungen für 1920. Meiringen, Löptiehn-Klein. 320 S. Mk. 3.20.

Zunächst für schweizerische Verhältnisse bestimmt, enthält aber auch für außerschweizerische Leser viel Beachtenswertes. Schr.

W. Döpel, Wann glücken Schulfeiern? Leipzig, Strauch 1919, 2 Mk.

Aus eigenen langjährigen Erfahrungen heraus gibt Verfasser bis ins Einzelne gehende Fingerzeige für wertvolle, eindruckreiche Schulfeiern, angesichts deren die z. T. begründeten Widersprüche gegen solche Feiern nur dann noch zu Recht bestehen können, wenn solche Feiern nur auf Gasterei und Uff aufgebaut sind. Jeder Lehrer lese das Heft! Holz.

P. Maßdorf, Deutschlands Erneuerung durch Bodenreform und Erziehung. Leipzig, Strauch, o. J.

Der bekannte Herausgeber der Jugend- und Volksbühne stellt hier kurz und erschöpfend alles Wesentliche zusammen. Wem die Zeit für größere Werke fehlt, der greife zu diesem Schriftchen; er findet hier reiche Belehrung, vor allem über die so wichtige Bodenreform. Holz.

F. Tögel, Licht! Liebe! Leben! Freie Andachtsreden. Leipzig, Strauch, o. J.

Die kurzen Betrachtungen sind für Jünglingsvereine sehr geeignet. Für Schlichtgebildete müssen sie freilich umgemünzt werden. Aber so langweilen sie nicht, und bieten anregende Gedanken. Holz.

Der Krieg und Zeiten und Völker, vereinigt mit Heimat und Welt. Heft 91—108. Stuttgart, Franck. Jedes Heft 40 Pfg.

Die treffliche Zeitschrift beginnt jetzt ihren Kreis weiter zu ziehen. Neben den von uns so oft lobend erwähnten Kriegs- und Schlachtenschilderungen von Kurt Glöricke, Anton Jendrich, Walter Hertel u. a. treten jetzt mehr und mehr Aufsätze aus dem Leben und der Geschichte der einzelnen Völker in den Vordergrund. Sehr wertvoll sind die kurzen Geschichtsdarstellungen einzelner Völker, „in 1000 Worten“. Aber auch sonst enthalten die Hefte viel Lehrreiches und Interessantes. Sie seien auch in der neuen Gestalt warm empfohlen. Mir.

Volkschriften zum Aufbau Nr. 4. Die einzige Rettung für unser Volk und Vaterland von Pfarrer G. Niemöller. Ev. Bund, Berlin W. 35. 30 Pfg.

Ein machtvoller Aufruf zur Pflege der alten deutschen Tugenden der Treue, der Arbeitswilligkeit, der Einigkeit, der Frömmigkeit usw.

H. v. Redern, Aus der Quelle. Neue Gedichte. 2. Aufl. Derselbe Verlag 1918. 1.20 Mk.

Aus dem lebendigen Gott geschöpft werden sie mit ihrer tiefen Herzensfrömmigkeit manchem Erdenwanderer Erquickung geben. Grell.

Dr. Franz Haifer, Das Gastmahl des Freiherrn v. Artaria. Ein Kampf zwischen rassenaristokratischer und demokratischer Weltanschauung. München, J. F. Lehmann 1920. 6 Mk., gebd. 9 Mk.

Eins der wertvollsten Bücher unserer Zeit. Es beschäftigt sich mit einer Fülle von Fragen, die für das Gedeihen der Deutschen von höchster Bedeutung sind. Diese Fragen werden nicht in streng akademischer Weise behandelt, sondern in loser Form, in Nachahmung von Platons Gastmahl. Ich muß es mir versagen, auch nur bescheidene Proben von dem fesselnden Inhalte des Buches zu geben. Wer an der inneren Aufrichtung der Deutschen mitarbeiten will, muß aus dem Buche selbst lernen, worauf es ankommt! Holz.

Folge 25/26 wird zum 25. Juni ausgegeben.

Inhalt: Altes und Neues (ein neues Lied). — Vom Werden der Volkskirche (s. Freistaat Sachsen). — Leonhardt, Die evang. Kirche in Großrumänien. — Fey, Aus der Werkstatt eines Aunius. — Aus Welt und Zeit. — Wochenschau. — Bücherschau.

Verantwortlicher Schriftleiter: Pfarrer Lic. Fr. Hochstetter, Berlin-Nordend (Post Niederschönhausen). Für die Anzeigen verantwortlich: Arwed Strauch, Leipzig, Hospitalstr. 25. Verlag von Arwed Strauch in Leipzig. — Druck von W. Hoppé, Borsdorf-Leipzig.

Ausschreibung.

An der vierklassigen evangelischen Volksschule mit Öffentlichkeitsrecht in Bregenz kommt mit 15. September 1920 die Stelle des

provisorischen Lehrers

zur Neubesezung.

Gehalt wie die Lehrer an den öffentlichen Schulen Vorarlbergs.

Bewerber wollen ihre gehörig belegten Gesuche bis 1. August 1920 beim Presbyterium der evangelischen Gemeinde Bregenz zu Händen des Vorsitzenden, Pfarrer Helmuth Pommerehne einreichen, welcher auch nähere Auskunft erteilt. Bewerber mit guter musikalischer Vorbildung und Ausbildung im Orgelspielen genießen bei sonst gleicher Befähigung den Vorzug.

Presbyterium

der evang. Gemeinde A. u. K. E., Bregenz.

Die deutsche evangelische Gemeinde in Trautenu sucht einen ledigen

Bikar,

Jahresgehalt 5000 K., Nebeneinkommen aus Religionsunterricht, freie Wohnung (möbliertes Zimmer im Pfarrhause), Beheizung und Beleuchtung. Kenntnis des Harmoniumspiels ist für den auswärtigen Gottesdienst nötig.

Bewerbungen sind zu richten an

Pfarrer Fritz Knorek in Trautenu.

Die deutsche evangelische Gemeinde Bodenbach-Tetschen (etwa 3500 Seelen) sucht einen arbeitsfreudigen

Bikar,

der den Pfarrer bei der Versorgung des zur Zeit verwaiseten Rosendorfer Sprengels (Rosendorf, Bensen, Böhm. Kamnitz und der eigenen Gemeinde (mit den Predigtstationen Eulau und Politz a. d. Elbe) in Seelsorge, Unterricht und Kanzleiarbeit mitzuhelfen hätte.

Amtssitz: Bodenbach. Gehalt etwa K. 6000.— jährlich dazu freie Wohnung (Zimmer im Pfarrhaus), Beheizung und Beleuchtung.

Anfragen sind zu richten an

Pfarrer Heinrich Gottlieb in Bodenbach

Verlag von Arwed Strauch in Leipzig.

Wilm Heinrich Berthold

Allerlei aus der siebenjährigen Wanderfahrt eines jungen Lehrers in das Heimatland deutscher Jugend

Nach Tagebüchern erzählt von

Karl Albert Schöllenbach.

3. Auflage. 180 Seiten. Preis gebunden Mk. 6.—